

Abg. Gule.	Abg. Päßler.
= Fahnauer.	= Penzig.
= Dr. Gensel.	= Petri.
= Gräßer.	= Pehold.
= Günther.	= Dr. Pfeiffer.
= Häckel.	= Querner.
= Heinze (Dolgowitz).	= Sachße.
= Heinze (Waldkirchen).	Präsident Dr. Schaffrath.
= Jordan.	Abg. Schmidt.
= Israel.	= Schnoor.
= Jungnickel.	= Schreck.
= Käferstein.	= Dr. Schubert.
= Klemm.	= Schubart.
= Köckert.	= Schulze.
= Klopfer.	= Seydel.
= Kreller.	= Stauf.
= Krüger.	= Strauch.
= Kürzel.	Vicepräsident Streit.
= Lange.	Abg. Strödel.
= Ludwig.	= Sünderhauf.
= Mehnert.	= Uhle.
= Dr. Meischner.	= Uhlemann.
Secretär Mosch.	= Walter.
Abg. Dehmichen.	= Zumppe.
= von Dehlschlägel.	

Mit Nein antworten:

Abg. von Einsiedel.	Abg. von Könnert.
= Haberkorn.	= Riedel.

Die Frage ist mit allen außer 4 Stimmen bejaht worden.

Wir kommen nun zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zum Bericht der zweiten Deputation (Abtheilung A) über Abtheilung D des Ausgabebudgets, das Departement des Innern betreffend, und über die im Berichte angezogenen, in der gedruckten Tagesordnung erwähnten Decrete.

Der betreffende Bericht lautet:

Auf die Finanzperiode 1871/72 wurden für Abth. D, Departement des Innern, verwilligt:

etatmäßig:	transitorisch:	
Thlr.:	Thlr.:	Thlr.:
1,114,533	31,150	= 1,145,683

jetzt werden postulirt:

1,225,643	38,041	= 1,263,684
-----------	--------	-------------

also:	111,110	6,891	= 118,001
	mehr,	mehr,	mehr,

über welche Erhöhungen die Deputation sich bei den einzelnen Positionen des Näheren auslassen wird.

Bei verschiedenen Landtagen und auch bei der letzten

Berathung der Kammern über diese Abtheilung des Ausgabebudgets verbreitete man sich im Allgemeinen insbesondere über Aufhebung der Kreisdirectionen, und beantragte andere Organisation der Verwaltungsbehörden. Demgemäß hat die Staatsregierung den jetzigen Kammern Entwürfe über die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung und über die Bildung von Bezirksvertretungen vorgelegt und sind solche bereits einer Vorberathung unterzogen worden. Die Entscheidung der Kammern darüber: ob und welche veränderte Organisation eintreten soll? ist zu erwarten. Vom finanziellen Standpunkte aus hat die Deputation nur zu constatiren, daß, wenn diese veränderte Organisation ins Leben treten sollte, von einer Verminderung der Beamten nicht, vielmehr nur von einer Vermehrung derselben, ebenso wenig von einer Verminderung der Ausgaben, vielmehr nur von einer bedeutenden Erhöhung derselben die Rede sein kann, demnach hieraus kein Grund abzuleiten ist, auf irgendwelche Verminderung der jetzigen Postulate zuzukommen.

Es hat auch die Staatsregierung selbst im Budget bemerkt: die Pos. 19, 20 und 21 würden eines Nachtrags bedürfen, wenn eine veränderte Organisation der Verwaltungsbehörden und des Oberconsistoriums noch im Laufe der Finanzperiode 1871/72 in Wirksamkeit treten sollte, was eben zu erwarten ist.

Im Allgemeinen ist Begründetes gegen diese Postulate nicht einzuwenden.

Präsident Dr. Schaffrath: Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Rednerbühne zu betreten, und erlaube mir, zu fragen: ob derselbe zur Einleitung zu sprechen wünscht?

Referent Haberkorn: Bloß einige Irrthümer werde ich bei der betreffenden Position selbst berichtigen.

Präsident Dr. Schaffrath: Zur allgemeinen Verhandlung über diesen Gegenstand, die ich hiermit eröffne, hat uns Wort gebeten der Abg. Dr. Biedermann.

Abg. Dr. Biedermann: Meine Herren! Als ich den Bericht unserer Deputation über das Ministerium des Innern las, stieß ich sogleich im Eingang auf folgende Stelle:

„Bei verschiedenen Landtagen und auch bei der letzten Berathung der Kammern über diese Abtheilung des Ausgabebudgets verbreitete man sich im Allgemeinen insbesondere über Aufhebung der Kreisdirectionen und beantragte andere Organisation der Verwaltungsbehörden. Demgemäß hat die Staatsregierung den jetzigen Kammern Entwürfe über die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung und über die Bildung von Bezirksvertretungen vorgelegt und sind solche bereits einer Vorberathung unterzogen worden. Die Entscheidung der Kammern darüber: ob und welche veränderte Organisation eintreten soll? ist zu erwarten. Vom finanziellen Standpunkt aus hat die Deputation nur zu constatiren, daß, wenn diese veränderte Organisation ins Leben treten sollte, von einer Verminderung der Beamten nicht, vielmehr nur